



## „SUBVENTIONEN DÜRFEN NICHT ZUM SELBSTZWECK WERDEN“

Wie kommt Deutschland runter vom Schuldenberg? Steuern rauf, Beihilfen runter, auch wenn's erst mal wehtut, sagt **DIW-Präsident Professor Dr. Klaus F. Zimmermann** im exklusiven Interview.

**?**: *Herr Professor Zimmermann, die Schuldenlast von Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland erreicht immer neue Rekorde: Für 2009 hat die Bundesbank 1,762 Billionen Euro gemeldet, für das laufende Jahr ist kaum Entspannung in Sicht. Kann das Sparpaket den Schuldenberg abtragen?*

**Zimmermann:** Die beschlossenen Maßnahmen reichen bei Weitem nicht für die nötige Konsolidierung aus. Das gilt selbst dann, wenn man der Bundesregierung Glauben schenkt über die Höhe der durch das Paket zu erzielenden Mehreinnahmen und Ausgabensenkungen. Vieles davon sind aber ungedeckte Schecks. Zudem fehlt eine klare politische Linie. Die Verantwortlichen haben ein Bündel an Maßnahmen zusammengestellt, das lediglich der Ausdruck eines Kompromisses ist, nicht aber eines schlüssigen Konzepts.

**?**: *Harsche Kritik. Lassen Sie gar kein gutes Haar an den Beschlüssen?*

**Zimmermann:** Es war eine absolut sinnvolle Entscheidung, den Rotstift weder im Bereich Bildung noch bei der Forschung anzusetzen.

**?**: *Das verringert aber leider immer noch nicht die Schulden. Was schlagen Sie vor, um diesem Ziel näherzukommen?*

**Zimmermann:** Es sind sowohl Kürzungen bei den Ausgaben als auch eine Stärkung der Einnahmenbasis erforderlich. Dazu gehört auch der Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen.

**?**: *Können Sie das näher erläutern? An welchen Punkten halten Sie Ausgabenkürzungen für sinnvoll und effektiv, wo sind sie nicht zielführend?*

**Zimmermann:** Gewiss nicht schädlich ist die Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger. Denn Armut lässt sich nicht einfach durch Sozialtransfers bekämpfen – damit erreicht man sogar eher das Gegenteil. Problematisch dagegen wären Ausgabenkürzungen bei wichtigen Zukunftsbereichen. Dazu gehört neben der eben schon erwähnten Bildung auch die öffentliche Infrastruktur. Bei den öffentlichen Infrastrukturinvestitionen liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit hinten. Und in manchen Bereichen, nicht zuletzt auf der Ebene der Gemeinden, wird bereits von der baulichen Substanz gezehrt. Das gilt insbesondere für Westdeutschland.

**?**: Ihre Forderung, Subventionen und Steuererleichterungen abzubauen, garantiert Kontroversen. Welche Streichungen halten Sie denn für notwendig?

**Zimmermann:** Grundsätzlich gehören alle Subventionen auf den Prüfstand, denn nahezu alle haben Marktverzerrungen zur Folge. Und sie belasten den Staatshaushalt. Zudem haben sie den Nebeneffekt, dass die Empfänger sich daran gewöhnen. Im Laufe der Zeit bilden diese dann eine mächtige Lobby, die Einfluss auf die Politik nimmt. Und manche Subventionen gibt es ja schon so lange, dass sie kaum noch hinterfragt werden: Landwirtschaftssubventionen beispielsweise gibt es in der Bundesrepublik seit mehr als 50 Jahren. Die Steuerbefreiung für die Sonntags- und Schichtzuschläge existiert sogar noch länger, seit 1940, weil man damals unter anderem den Arbeitern in kriegswichtigen Produktionen Vorteile verschaffen wollte. Indirekt war und ist das immer noch auch ein Vorteil für die Unternehmen.

**?**: Wechseln wir von der Ausgabenseite zu den Einnahmen: Sind Steuererhöhungen ein richtiger Weg?

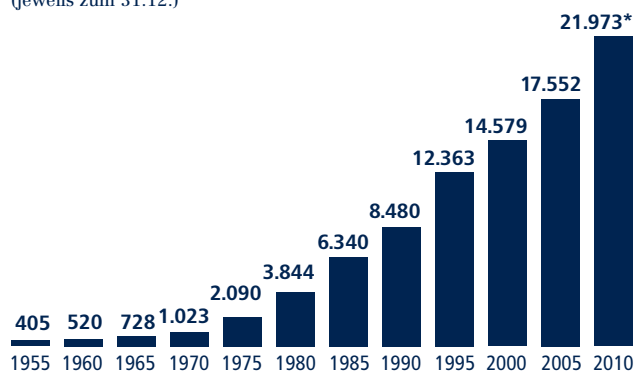
**Zimmermann:** Steuererhöhungen sind gewiss nicht erstrebenswert, aber es führt einfach kein Weg daran vorbei. Dabei müssen vor allem die ergiebigen Quellen stärker angezapft werden – und das ist vor allem die Mehrwertsteuer. Schon vor der Finanzkrise habe ich mit Blick auf die Finanzierung der Sozialsysteme für eine Anhebung plädiert. Und nun ist zu den Problemen der Sozialkassen das krisenbedingte Haushaltsloch hinzugekommen.

**?**: Wie hoch sollte die Mehrwertsteuer ausfallen?

**Zimmermann:** Ich schlage eine Erhöhung auf 25 Prozent vor. Das brächte Mehreinnahmen von rund 50 Milliarden Euro. Die Mehrwertsteuer bietet sich deshalb an, weil sie einfach zu erheben ist und man ihr nicht ausweichen kann. Dasselbe gilt für vermögensbezogene Steuern wie die Grundsteuer. Sie kann ebenfalls angehoben werden, zumal sie in Deutschland vergleichsweise niedrig ist.

## Steiler Anstieg

Entwicklung der Pro-Kopf-Staatsverschuldung in Deutschland in Euro (jeweils zum 31.12.)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bund der Steuerzahler Deutschland e.V., Stand: 1.4.2010; \*Schätzung

**?**: Aber sehen Sie nicht die Gefahr, dass Steuererhöhungen die vorsichtig aufblühende Konjunktur schon wieder dämpfen würden? Etwa durch einen möglichen Rückgang des Konsums, wie Kritiker warnen?

**Zimmermann:** Natürlich wirken Steuererhöhungen alles andere als konjunkturstimulierend. Würde man aber immer auf die jeweilige Konjunkturlage schauen, müssten nötige Konsolidierungsmaßnahmen völlig unterbleiben. Im Abschwung kann man solche Maßnahmen gewiss nicht ergreifen. Und wenn nicht im Aufschwung – wann denn dann? Man sollte sich klarmachen, dass in Deutschland die Staatsverschuldung nicht linear wächst, sondern exponentiell. ■

## ZUR PERSON

**Professor Dr. Klaus F. Zimmermann**, Jahrgang 1952, ist seit 2000 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) e. V. in Berlin. Der Volkswirt ist außerdem Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften der Universität Bonn und Direktor des Bonner Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit GmbH (IZA).